

## Zweites Kapitel

### Der sogenannte Kriegskommunismus

#### 1. Erste Phase: Staatskapitalistische Versuche (Oktober 1917 bis Mai 1918)

Der in diesem Teil zu behandelnde Abschnitt der russischen Revolution lässt sich datenmäßig genau bestimmen. Er beginnt mit dem 7. November 1917 und endet am 21. März 1921 mit der Einführung der sogenannten »Neuen ökonomischen Politik«. Man hat sich in Russland daran gewöhnt, das Wirtschaftssystem dieser dreieinhalb Jahre als »Kriegskommunismus« zu charakterisieren. Damit soll ausgedrückt werden, dass die während dieser Zeit getroffenen Maßnahmen Kriegsmaßnahmen sind, durch die Not diktiert, »außerordentliche Maßnahmen, die die Wirtschaft der belagerten Festung am Leben erhalten sollten«,<sup>1</sup> und nicht etwa ein Weg, den man freiwillig eingeschlagen hatte, um unmittelbar zur sozialistischen Wirtschaft zu gelangen. Es wird zu zeigen sein, dass der Name, in diesem Sinn gebraucht, aus mehreren Gründen den damit bezeichneten Zeitabschnitt nicht richtig darstellt, und es ist charakteristisch, dass er erst am Ende der ganzen Periode häufiger auftritt. Für unser Thema ist es notwendig, diese 42 Monate in drei ungleiche Zeitabschnitte zu trennen, von denen jedem eine besondere theoretische Bedeutung zukommt. Der erste Abschnitt umfasst die Zeit vom Ausbruch der Oktoberrevolution bis zum ersten allrussischen Kongress der Volkswirtschaftsräte im Mai 1918.<sup>2</sup>

1 L[eo] Trotzki: Grundfragen der russischen Revolution. Hamburg 1922, S. 402.

2 Die Grenzziehung zwischen den einzelnen Phasen des »Kriegskommunismus« ist eine ziemlich willkürliche, weil die einzelnen Phasen ineinanderfließen. In der Literatur werden infolgedessen als Abschluss der ersten Phase (soweit überhaupt eine Einteilung nach Phasen erfolgt) verschiedene Zeitpunkte angegeben, z. B. das erste Dekret über die Nationalisierung der Großindustrie Ende Juni 1918 (bei [Lev Natanovič] Kricman: Die heroische Periode der großen russischen Revolution (russ.). Moskau, Leningrad 21926, S. 39) oder das Ende des Jahres 1918 (z. B. bei

*Die ursprüngliche bolševistische Theorie  
der Übergangswirtschaft*

Die in diesem Zeitabschnitt getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen stützen sich auf die von Lenin in zahlreichen, dem halben Jahr der Machtergreifung vorangehenden Reden und Schriften entwickelten Anschauungen über den für Russland allein gangbaren Weg zur Herbeiführung des Sozialismus. Diese Anschauungen, die in den späteren Phasen des Kriegskommunismus größtenteils über den Haufen geworfen wurden, sind, soweit sie für unsere Probleme von Bedeutung sind, hier zunächst darzustellen.

Die Grundlage dieser Anschauungen bildet die Auffassung, dass der Kapitalismus nicht nur in Westeuropa, sondern sogar in Russland so weit fortgeschritten sei, dass die nächste Phase der Entwicklung zum Sozialismus führen müsse. Denn schon vor dem Kriege herrschte der Imperialismus, d. i. nach Lenin die Form des Kapitalismus, in der im Wesentlichen das System der freien Konkurrenz bereits aufgehoben und er zum monopolistischen Kapitalismus geworden ist.<sup>3</sup> Der Krieg hat den »monopolistischen Kapitalismus« in den »staatsmonopolistischen« verwandelt, d. h. die Monopole, die sich während seiner Dauer an »Zahl, Rolle und Bedeutung verzehnfacht« haben, die Verteilung der Arbeitskräfte und der wichtigen Nahrungsmittel unter Staatskontrolle gebracht. Was man in Deutschland »Kriegssozialismus« genannt habe, sei nichts anderes als ein »staatsmilitärisch-monopolistischer Kapitalismus«, der eine »vollkommene materielle Vorbereitung des Sozialismus ist, die Eingangspforte zu ihm, weil er in der historischen Leiter jene Stufe bedeutet, zwischen der und der folgenden Stufe, die man Sozialismus nennt, es keine zwischenliegenden Stufen gibt«.<sup>4</sup> Denn der Sozialismus unterscheide

[Lev Abramovič] Leont'ev, [Elizaveta Leonidovna] Chmel'nickaja: Die Sowjetökonomik (russ.). Moskau, Leningrad 1926, S. 58). Für jede dieser Abgrenzungen lassen sich ausreichende Gründe anführen.

3 Vgl. hierzu [Wladimir Iljitsch] Lenin: Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus. Hamburg 1921, passim [LW 22, S. 189–309].

4 Lenin: Die drohende Katastrophe, S. 40ff. [LW 25, S. 368–370].

sich von dem monopolistischen Staatskapitalismus im Wesentlichen durch nichts anderes, als dass seine Einrichtungen nicht mehr den Profitinteressen der Kapitalisten dienen, sondern dem »Nutzen des ganzen Volkes und insofern kein kapitalistisches Monopol mehr« bilden. Um zum Sozialismus zu gelangen, hat also die »revolutionäre Demokratie« auf wirtschaftlichem Gebiet zunächst nichts anderes zu tun als dem »reaktionär-bürokratischen Staat« die Monopole zu entreißen und mit ihrer Hilfe »Kontrolle, Aufsicht, Berechnung, ... planmäßige Verteilung der Arbeitskräfte in der Produktion und Verteilung der Lebensmittel, das Sparen der Volkskräfte, die Ausschaltung jeder überflüssigen Kraftanstrengung und das Zusammenhalten der Kräfte«<sup>5</sup> durchzuführen. Nur dadurch, dass der Kapitalismus »mit seiner Herrschaft der Banken über die Produktion«, seinen Syndikaten und seinen »kriegssozialistischen« Einrichtungen die gesamte Wirtschaft aufs höchste organisiert hat, können derartige Maßnahmen mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden. Ohne diese Vorarbeit des Kapitalismus wären »alle Versuche, den Sozialismus einzuführen, technisch unmöglich«.<sup>6</sup>

Auf welche Weise soll nach Lenin »Kontrolle, Aufsicht, Berechnung«, d. h. die Überführung der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische geschehen? Folgendermaßen wird das siegreiche Proletariat vorgehen: »Es wird die Volkswirtschaftler, die Ingenieure, die Spezialisten der Landwirtschaft *unter der Kontrolle* der Arbeiterorganisationen zur Ausarbeitung und zur Prüfung eines Planes verwenden, wird durch sie Wege ausfindig machen lassen, um durch Zentralisation Arbeit zu ersparen, und wird durch sie Mittel und Methoden aufsuchen lassen, um die einfachste, bequemste, billigste und allgemeinste Kontrolle zu erzielen.«<sup>7</sup> Aber noch ehe diese Pläne aufgestellt sind, können und müssen eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden, deren wichtigste sind: erstens die Nationalisierung der Banken, zweitens die Nationalisierung der Syndikate,

5 Ebd., S. 4 [LW 25, S. 332].

6 Ebd., S. 15f. [LW 25, S. 344].

7 [Wladimir Iljitsch] Lenin: Werden die Bolschewiki [die Staatsmacht behaupten? Wien 1921], S 43f. [LW 26, S. 102].

drittens die Zusammenschließung aller nicht syndizierten Gewerbebetriebe in Zwangssyndikate, viertens der Zusammenschluss der ganzen Bevölkerung in Konsumgenossenschaften, fünftens die Arbeiterkontrolle und die Mittel zu ihrer Durchführung.<sup>8</sup>

Für die planmäßige Leitung des Wirtschaftslebens erscheint Lenin die Nationalisierung der Banken als die entscheidendste Maßnahme. »Ohne die Großbanken wäre der Sozialismus nicht zu verwirklichen.«<sup>9</sup> Sie sind der wichtigste Apparat der gesellschaftlichen Rechnungsführung und bereits vor der Revolution so hoch entwickelt, dass das siegreiche Proletariat sie »vom Kapitalismus in fertigem Zustande übernehmen« kann, so dass seine Hauptaufgabe nur darin besteht, die »diesen ausgezeichneten Apparat« entstellenden Auswüchse auszumerzen und ihn »noch größer, noch demokratischer, noch umfassender zu gestalten«. Die Zusammenfassung aller Banken zu einer »riesengroßen« Staatsbank mit einem System von Filialen, die jedes Dorf und jede Fabrik umfassen, »das bedeutet schon neun Zehntel des sozialistischen Apparates«. Eine solche Bank wäre gleichbedeutend mit einer »gesamstaatlichen Buchführung« über die Produktion und die Verteilung und damit »sozusagen das Gerippe der sozialistischen Gesellschaft«.<sup>10</sup> Bemerkenswert ist, dass die Nationalisierung der Banken das Eigentum ihrer Kunden nicht antasten soll: »Wem 15 Rubel ins Sparbuch vermerkt waren, bleibt Eigentümer dieser 15 Rubel auch nach der Nationalisierung der Banken, und wer 15 Millionen hatte, wird sie in Form von Aktien, Obligationen, Wechseln, Warenausweisen und ähnlichem mehr auch nach der Nationalisierung der

8 Lenin: Die drohende Katastrophe, S. 9 [LW 25, S. 337f.]. Lenin: Werden die Bolschewiki, S. 21f. [LW 26, S. 89–91]. Gelegentlich weist Lenin darauf hin, dass in dem kleinbürgerlichen Russland der Sozialismus nicht früher »eingeführt« werden könne, als bis die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme der »überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung« bewusst geworden wäre. Die oben erwähnten Maßnahmen ebenso wie die Nationalisierung des Grund und Bodens seien »nur Anfangsschritte zum Sozialismus«. [Wladimir Iljitsch] Lenin: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution. Wien 1921, S. 34 [LW 24, S. 59].

9 Lenin: Werden die Bolschewiki, S. 29 [LW 26, S. 89].

10 Ebd., S. 29f. [LW 26, S. 89f.].

Banken behalten.«<sup>11</sup> Da der Kapitalismus die ökonomische Voraussetzung für die Nationalisierung der Banken und ihre Vereinigung in eine einzige bereits geschaffen hat, sei es möglich, diese Maßnahme ohne »besondere vorbereitende Schritte« auf Grund eines Dekrets durch die Bankdirektoren und Angestellten selbst durchführen zu lassen. Widerstände der Direktoren und höheren Angestellten sollten durch Drohung mit Beschlagnahme des Vermögens und Kerker beseitigt werden. Sonst seien »nicht die geringsten technischen Schwierigkeiten« zu erwarten.<sup>12</sup>

Nach den Banken spielen die wichtigste Rolle bei der monopolistischen Organisierung des Kapitalismus die Syndikate. Sie wurden bereits vor der Revolution vom Staate kontrolliert und es sei »die denkbar einfachste Sache«, sie durch eine Anzahl einfacher Dekrete der Kontrolle des revolutionär-demokratischen Staates zu unterwerfen.<sup>13</sup>

Die Zwangssyndizierung der nichtkartellierten Gewerbezweige bedeutet, wenn sie von einem kapitalistischen Staat wie Deutschland durchgeführt wird, dass der Staat die kapitalistische Entwicklung weitertreibt und damit gleichzeitig weitere Voraussetzungen für die planmäßige Leitung der Industrie schafft. Der proletarische Staat habe in Russland das nachzuholen, was der kapitalistische versäumt hat, um so mehr, als durch eine solche Zwangsvereinigung eine bessere Ausnutzung der leitenden Kräfte möglich und in Russland besonders notwendig sei.<sup>14</sup>

Auch für die zur Regulierung des Konsums notwendigen Maßnahmen führt Lenin das kapitalistische Deutschland an, das man »als Muster der sorgfältigsten, pedantischsten, strengsten Konsumregulierung ansehen« könne.<sup>15</sup> Allerdings sei das noch nicht die »richtige Regulierung«, da sie die Reichen nicht treffe, aber grund-

11 Lenin: Die drohende Katastrophe, S. 10 [LW 25, S. 339].

12 [Ebd.,] S. 12 [LW 25, S. 340].

13 [Ebd.,] S. 16 ff. [LW 25, S. 344–347, Zitat auf S. 345].

14 [Ebd.,] S. 23 ff. [LW 25, S. 352–355].

15 [Ebd.,] S. 27 [LW 25, S. 356]. Das Brotkartensystem war übrigens noch von der alten Regierung eingeführt, scheint aber in Russland nie richtig funktioniert zu haben.

sätzlich könne man daraus lernen. Zu der Zwangsbewirtschaftung aller lebenswichtigen Waren müssten noch eine Anzahl Maßnahmen hinzutreten, wie die Zwangsvereinigung der Bevölkerung in Konsumvereinen, durch die alle Konsumgüter gleichmäßig verteilt würden und in denen die Reichen auf Grund des Arbeitszwanges unentgeltlich als Sekretäre arbeiten und das Proletariat die Kontrolle der Verteilung durchführen sollte.<sup>16</sup>

Alle diese Maßnahmen würden aber durchkreuzt werden und für die Herbeiführung des Sozialismus bedeutungslos sein, wenn sie nicht unter der Kontrolle der Arbeiterschaft durchgeführt werden. Es komme nicht etwa auf die Konfiskation des kapitalistischen Privateigentums an, denn eine derartige Konfiskation allein enthalte kein Element der Organisation und könne leicht durch eine »gerechte Steuer« ersetzt werden. Die »Hauptsache« und die »Hauptschwierigkeit« der proletarischen Revolution sei »die allgemeine, allumfassende Arbeiterkontrolle über die Kapitalisten und über ihre Anhänger«.<sup>17</sup> Um diese Kontrolle wirksam zu gestalten, müsse vor allem das Geschäftsgeheimnis aufgehoben und nicht nur besonders dazu bestimmten Räten, sondern »jeder Gruppe von Bürgern, die eine genügende demokratische Menge bilden (z. B. 1000 oder 10 000 Wähler), das Recht der Durchsicht aller Dokumente jedes großen Unternehmens« gesichert werden.<sup>18</sup> Als weitere Mittel der Kontrolle gelten das Getreidemonopol, das Brotkartensystem und die allgemeine Arbeitspflicht. Mit ihrer Hilfe wird der revolutionäre demokratische Staat die Kapitalisten und ihre Anhänger aus der Zahl der »Ingenieure, Agronomen, Techniker, wissenschaftlich gebildeten Spezialisten aller Art« zwingen, sich in seinen Dienst zu stellen. Für die Übergangszeit soll ihnen eine höhere Entlohnung gelassen werden, doch wird man sie »unter vollständige Arbeiterkontrolle stellen und den Grundsatz: ›Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!‹ restlos zur Durchführung bringen«.<sup>19</sup>

16 [Ebd.,] S. 29 [LW 25, S. 358].

17 Lenin: Werden die Bolschewiki, S. 31 [LW 26, S. 91].

18 Lenin: Die drohende Katastrophe, S. 19 ff. [LW 25, S. 349].

19 Lenin: Werden die Bolschewiki, S. 34 [LW 26, S. 94].

Im Gegensatz zu den für die Industrie vorgesehenen Maßnahmen wurde das Agrarprogramm von Anfang an diktiert nicht so sehr im Hinblick auf die Durchführung des Sozialismus auf dem Lande, als auf die Gewinnung der kleinbäuerlichen Massen als Verbündete der Bolševiki. In einem offenen Brief an die Delegierten des allrussischen Rates der Bauerndeputierten schreibt Lenin im Mai 1917, dass der ganze Großgrundbesitz den Bauern ohne jede Entschädigung überlassen werden müsse, und fordert die Bauern auf, »sich sofort des Landes zu bemächtigen, diese Maßnahme so planmäßig wie möglich durchzuführen, unter keinen Umständen die Zerstörung des Eigentums zuzulassen und alle Anstrengungen anzuwenden, um die Produktion... zu steigern...«<sup>20</sup> Er macht jedoch zwei wichtige Vorbehalte. Erstens soll die Konstituante später die endgültigen Gesetze über den Grund und Boden ausarbeiten. Ferner sollen »im Interesse der Entwicklung der zweckmäßigsten großen Wirtschaftsbetriebe und der Einführung der Staatskontrolle über sie« aus den 30 000 größten Gütern Musterwirtschaften von je 100–300 Desjatinen unter der Kontrolle der Landarbeiterräte gebildet werden.<sup>21</sup>

### *Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen*

Es ist charakteristisch und bedeutungsvoll für die bolševistische Revolution, dass sie bereits am zweiten Tage nach der Machtergreifung ein Dekret erließ, in dem die sofortige entschädigungslose Enteignung der Gutsbesitzer verfügt und der Übergang der Ländereien samt Inventar bis zur Einberufung der Nationalversammlung an die Bauernräte angeordnet wurde. In den Ausführungsbestimmungen zu diesem Dekret ist von der Erhaltung der Großbetriebe nicht mehr die Rede, nur Betriebe mit hochkultivierter Wirtschaft (Pflanzen-, Baumschulen usw.) werden von der allgemeinen Verteilung, die übrigens periodisch »im Zusammenhang mit der wachsenden Be-

20 [Wladimir Iljitsch] Lenin: Zur Agrarpolitik der Bolschewiki. Wien 1921, S. 9 [LW 24, S. 365].

21 Lenin: Die Aufgaben des Proletariats, S. 31 ff., 60 [LW 24, S. 56 f., unklar]. Ferner XIV/1, S. 171.

völkerungszahl und der Hebung der Produktionskraft« wiederholt werden soll, ausgenommen.<sup>22</sup> Das Dekret war die Grundlage für die berühmte »Smyčka«, das Bündnis zwischen den Bolševiki und den großen Bauernmassen, auf dem die Herrschaft der ersteren beruht. Es ist bekannt, dass die Konstituante nicht dazu kam, das Gesetz über den Boden zu beschließen, denn sie wurde kurz nach ihrem Zusammentritt durch die Bolševiki auseinandergejagt und in Russland die Räteverfassung errichtet. Am 27. Januar 1918 (alten Stils) wurde das »Grundgesetz über den Boden« erlassen. Es bedeutet die völlige Preisgabe der Möglichkeit, die ökonomischen Grundlagen für die Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsweise auf dem Lande zu erhalten oder gar zu stärken. Der Inhalt des Gesetzes ist im Wesentlichen eine Wiedergabe des Agrarprogramms der kleinbürgerlichen linken Sozialrevolutionäre und läuft darauf hinaus, dass der Boden »in die Nutznießung des gesamten werktätigen Volkes« übergehen und möglichst gleichmäßig verteilt sein soll.<sup>23</sup> In Wirklichkeit waren Dekret und Gesetz nichts anderes als die Legalisierung der bereits von den Bauern ziemlich chaotisch durchgeführten Neuverteilung des Landes. Soweit das Nationalisierungsgesetz auch den Boden der reicheren Bauern betroffen hatte, wurde es zunächst nicht durchgeführt.

Die Ergebnisse dieser ersten Agrarrevolution für die Bauern sind mangels zuverlässiger Statistiken schwer zu beurteilen. Der bäuerliche Besitz scheint sich um ungefähr 20% vergrößert zu haben, in manchen Gegenden, z. B. in der Ukraine, allerdings um mehr als 40%. Die Großbetriebe verschwanden fast vollständig; da sie aber 1916 nur zirka 11% der bebauten Fläche ausgemacht hatten, war der Zuwachs an Land für den einzelnen Bauern *betrieb* verhältnismäßig gering. Die Hauptbedeutung der *ersten* Agrarrevolution liegt in der Befreiung der Bauern von zahlreichen schweren Steuer- und Pacht-

22 [Sammlung von Dekreten und Verordnungen des Volkskommissariats für Landwirtschaft 1917–1920 (russ.). Moskau 1921, im Folgenden zitiert als:] Landwirtschaftliche Dekrete, S. 1f.

23 Brutzkus: Agrarentwicklung und Agrarrevolution, S. 149. [Cirill] Zaitzew: [Das Agrarrecht] in dem Sammelwerk *Das Recht Sowjetrußlands*. [Herausgegeben von Aleksandr Vasil'evich Makletzow u. a. Tübingen 1925], S. [1]61.

lasten und in der schlechthin antisozialistischen Nivellierung der landwirtschaftlichen Betriebe.

Die übrigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bolševiki entsprechen in dieser Phase im allgemeinen ihrem ursprünglichen Programm. Entscheidend für unser Problem sind hier das Dekret über die Arbeiterkontrolle, die Errichtung des Obersten Volkswirtschaftsrates, die Nationalisierung der Banken und die übrigen Nationalisierungsmaßnahmen.

Das Dekret über die Arbeiterkontrolle vom 14. November 1917 verordnet,<sup>24</sup> dass die unter Leitung der alten Besitzer durchzuführende Produktion unter Kontrolle der Arbeitervorteiler des betreffenden Unternehmens vor sich gehe. Die Organe der Arbeiterkontrolle waren zusammengefasst in den lokalen Räten für Arbeiterkontrolle, ihre Beschlüsse waren für die Eigentümer der Betriebe bindend. So sehr sich auch die Arbeiterkontrolle als brauchbares Werkzeug zur politischen Lahmlegung der alten Unternehmer und zur Ausdehnung der Macht der Arbeiterschaft auf jeden einzelnen Betrieb erwies, so wenig bewährte sie sich als Hebel zur Organisation der Produktion und der Verwaltung der Industrie. Die fortwährenden Eingriffe und verständnislosen Anordnungen hemmten die Produktion, anstatt sie zu fördern, und schließlich entwickelten sich die Arbeiterkontrollräte zu einer ernsten Gefahr für eine zentrale Leitung der Industrie, da in ihnen immer mehr syndikalistische Strömungen die Oberhand gewannen: »Ohne auf die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit Rücksicht zu nehmen, klammerten sich die Betriebsräte an die ›eigene‹ Fabrik, mochten andere Betriebe auch wichtiger für den Staat und besser ausgerüstet sein. Die Konkurrenz und das Bestreben, einander die die Existenz des Unternehmens sichernden dürftigen Mittel zu entreißen, stellten die Betriebsräte in einen ökonomischen Kampf und verwandelten die Fabriken und Betriebe in ›autonome Föderationen‹ von halbanarchistischem Typ.«<sup>25</sup>

24 [Alekselj Ivanovič] Rykov: [Aufsätze und Reden (russisch). Bd. 1. Moskau 1926], [S.] 307.

25 Die Notlage der Arbeiter spielte dabei eine wichtige Rolle. A[nnu M.] Pankratova: Die Betriebsräte Rußlands [im Kampf um die sozialistische Fabrik (russisch). Moskau 1923], S. 238.